



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 18. Oktober 2018
(OR. en)

12300/02
DWN 1 EXT 1

ENFOPOL 120

TEILWEISE FREIGABE

des Dokuments 12300/02 DWN 1 RESTREINT UE/EU RESTRICTED

vom 11. September 2018

Neuer Status: Öffentlich zugänglich

Betr.: Zusammenfassender Bericht über die terroristische Bedrohung in Europa

Die Delegationen erhalten in der Anlage die teilweise freigegebene Fassung des obengenannten Dokuments.



Brüssel, den 11. September 2018
(OR. en)

12300/02
DWN 1

RESTREINT UE/EU RESTRICTED

ENFOPOL 120

HERABSTUFUNG

des Dokuments	ST12300/02 CONFIDENTIEL UE/EU CONFIDENTIAL
vom	25. September 2002
Neuer Status:	RESTREINT UE/EU RESTRICTED

Betr.: Zusammenfassender Bericht über die terroristische Bedrohung in Europa

Die Delegationen erhalten in der Anlage die herabgestufte Fassung des obengenannten Dokuments.

Der Wortlaut dieses Dokuments ist mit dem der vorherigen Fassung identisch.



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 25. September 2002 (11.10)
(OR. en)**

12300/02

CONFIDENTIEL UE

ENFOPOL 120

VERMERK

des	Vorsitzes
für	die Gruppe "Terrorismus"
<u>Betr.:</u>	Zusammenfassender Bericht über die terroristische Bedrohung in Europa

Der dänische Vorsitz hat nach Maßgabe des Dok. 14598/01 ENFOPOL 142 einen zusammenfassenden Bericht über die terroristische Bedrohung in Europa erstellt. Der Bericht stützt sich auf Beiträge aus den Mitgliedstaaten.

Der Bericht wird, wie in Dok. 14598/01 ENFOPOL 142 festgelegt, um eine von Europol vorgenommene Beurteilung der terroristischen Bedrohung ergänzt.

Nach Billigung durch die Gruppe "Terrorismus" wird der Bericht dem CATS/AStV/Rat vorgelegt.

ZUSAMMENFASSENDER BERICHT ÜBER DIE TERRORISTISCHE BEDROHUNG IN EUROPA

KERNPUNKTE

Die in Afghanistan und an anderen Orten erfolgte Reaktion auf den 11. September hat die Kernstrukturen der Al Qaida materiell geschwächt, aber nicht zerschlagen und der Organisation auch nicht die Fähigkeit genommen, Terroranschläge vorzubereiten. Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten werden dem Terrorismus wahrscheinlich weiteren Zulauf bescheren; die Verknüpfung mit der palästinensischen Sache wird möglicherweise verstärkt betrieben und die Akzeptanz der Ziele und Methoden von Osama bin Laden aufseiten lockerer Netze von Sympathisanten weiter fördern. Weitere Angriffe auf "westliche", vor allem US-amerikanische und israelische Interessen und Interessen der Verbündeten der Anti-Terror-Koalition sind daher wahrscheinlich und können sich überall ereignen, auch in Europa.

NICHT FREIGEgeben

I. Bedrohung durch nationale/regionale Terrorgruppen

A. Baskischer Terrorismus

Von März bis August diesen Jahres hat die ETA 13 Terroranschläge verübt, bei denen drei Personen getötet und mehr als fünfzig Personen mehr oder weniger stark verletzt wurden; die meisten Opfer forderte die Explosion von Autobomben am 1. Mai 2002 in Madrid und am 4. August 2002 in Santa Pola.

NICHT FREIGEgeben

B. Nordirischer Terrorismus

NICHT FREIGEgeben

NICHT FREIGEGEREN

C. Korsischer Terrorismus/Separatismus

Die gewählten Mitglieder der Corsica Nazione gaben am 22. Juli 2002 eine Erklärung ab, in der sie der französischen Regierung wegen deren Korsikapolitik ihr Misstrauen aussprechen, vor allem wegen deren Weigerung, den "Matignon-Prozess" zur Gewährung einer größeren Autonomie an Korsika fortzusetzen.

NICHT FREIGEGEREN

D. Rechtsextremer und linksextremer Terrorismus/Aktivitäten

In **Griechenland** erzielten die Behörden einen größeren Durchbruch bei den Ermittlungen gegen die griechische Terrorgruppe "Revolutionäre Organisation 17. November", die im Laufe der letzten 27 Jahre 23 Menschen umgebracht hat.

NICHT FREIGEgeben

In **Italien** haben Linksextremisten die Verantwortung für zahlreiche Sprengstoff- und Brandanschläge und insbesondere für die Ermordung von Marco Biagi übernommen, einem Berater des italienischen Arbeitsministers, der am 19. März 2002 in Bologna getötet wurde. **NICHT**

FREIGEgeben

II. Bedrohung durch ausländische terroristische Gruppierungen

A. Terrorismus durch islamische Extremisten

Die Gefahr eines Anschlags durch Terroristen aus dem Kreis der islamischen Extremisten in den EU-Mitgliedstaaten ist in manchen Teilen der Union nach wie vor groß. Die starke Reaktion nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 – hauptsächlich der Afghanistan-Feldzug, aber auch Maßnahmen der gesetzgebenden Organe, der Strafverfolgungsbehörden, der Geheim- und Sicherheitsdienste und der Justizbehörden in Europa und anderswo - hat die zentralen Strukturen der Al Qaida materiell geschwächt, aber nicht zerstört. Die Aktionen der Verbündeten in Afghanistan haben Osama bin Laden und seinen Anhängern ihre wichtigste Basis für Schulung, Planung und Rekrutierung entzogen und zur Gefangennahme vieler Mitglieder oder Anhänger geführt, doch die Fähigkeit zur Planung und Vorbereitung von Terroranschlägen besteht nach wie vor.

Aufgrund der Niederlage in Afghanistan haben Personen im Zusammenhang mit Al Qaida in Pakistan und möglicherweise in Saudi-Arabien, Iran und Irak Unterschlupf gesucht. Die globalere Bedrohung durch Netze, die Osama bin Laden unterstützen, könnte zu autonomen Aktivitäten dieser Gruppen führen. Darüber hinaus könnte der Terrorismus aufgrund des Afghanistan-Feldzuges und der jüngsten Ereignisse im Nahen Osten weiteren Zulauf erhalten.

NICHT FREIGEgeben

14 deutsche Staatsangehörige wurden am 11. April 2002 bei einem Terroranschlag auf eine Synagoge in Djerba, Tunesien, getötet.

NICHT FREIGEgeben

In **Griechenland** gibt es keine Hinweise dafür, dass Al Qaida Terroranschläge plant, doch es wird davon ausgegangen, dass das Netz handlungsfähig bleibt und nach wie vor in der Lage ist, unerwartete Terrorakte zu verüben.

NICHT FREIGEgeben

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass islamistische Extremisten in **Schweden** Terroranschläge planen, die sich gegen Schweden oder gegen schwedische Interessen richten.

Die Gefahr von Terroranschlägen, die sich gegen **österreichische, finnische oder irische** Interessen richten, wird als gering eingeschätzt.

B. Sonstige ausländische Gruppen

Die Kurdische Arbeiterpartei – die PKK - hat sich auf dem Kongress in Brüssel im April 2002 in "KADEK" umbenannt. Durch den Umstand, dass die PKK in die EU-Liste terroristischer Vereinigungen aufgenommen wurde, hat die Zahl der Protestaktionen in ganz Europa zugenommen, wodurch die Parteiführung Gelegenheit hatte, das Mobilisierungspotenzial zu testen. **NICHT FREIGEgeben**
